

GEW



info

für alle Beschäftigten an Schulen in
**Gelsenkirchen und
Gladbeck**

GE-W 172

Mai 2022



Einladung zur Personalversammlung

für Beschäftigte an Grundschulen in Gelsenkirchen

am 17.05.2022 ab 12.30 Uhr

Hans-Sachs-Haus, Ebertstraße 11, 45879 Gelsenkirchen

Thema: Belastungen senken!

- Entlastung und Wertschätzung für Beschäftigte an Grundschulen

Beilage



UNVERZICHTBAR

GEW

NRW.

Gute Bildung,

Erziehung

& Wissenschaft

Inhalt

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Inhaltsverzeichnis, Landtagsgespräch 2022 | 2 |
| Auf ein Wort | 3 |
| Kinderarmut muss Top-Thema sein | 4 |
| Rechenschaftsbericht des Vorstands 2021/2022 | 5 |
| Schwerbehinderung im Schuldienst Geschäftsstelle Gelsenkirchen wird Regional- geschäftsstelle | 6 |
| Lehrermangel ohne Ende? | 6 |
| Mein Appell: Sorgt für Euch! | 7 |
| Landtagsdebatte über Lehramt und Numerus Clausus | 7 |
| Parteien zur Landtagswahl | 8 |
| GEW Extra: Anträge Personalversammlung | |
| Entlastung und Wertschätzung im Schulalltag | 11 |
| Leserbrief an Westdeutsche Allgemeine Zeitung | 13 |
| Von der Armut in die Armut | 14 |
| DGB-Resolution: Krieg sofort beenden! Waffenstillstand jetzt! | 15 |
| 173 000 Fachkräfte fehlen | 16 |
| DGB-Spendenauftrag für ukrainische Geflüchtete | 16 |
| DGB NRW-Forderungen zur Landtagswahl 2022 | 17 |
| Currywurst für „Beste Bildung“ | 18 |
| GEW macht in 13 NRW-Städten mobil | 19 |
| Engagement und Ausdauer führen zu Resultaten | 20 |



Im Bild: Jochen Ott, Lothar Jacksteit, Britta Logermann, Fatime Yanaz, Heike Gebhardt, Sebastian Watermeier, Katrin Korte

Landtagsgespräch 2022

Im April 2022 haben wir das diesjährige Landtagsgespräch mit unseren SPD-Landtagsabgeordneten Heike Gebhardt und Sebastian Watermeier in Düsseldorf geführt. Auch der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jochen Ott, hat sich für den zweiten Teil des Gesprächs Zeit genommen.

Die GEW Gelsenkirchen & Gladbeck dankte Heike Gebhardt, die nach dieser Wahlperiode den Ruhestand antritt, für die jahrzehntelange Zusammenarbeit. Uns wurde zugesichert, dass Sebastian Watermeier und Nachfolgerin Christin Siebel diese Tradition fortführen werden.

Gemeinsam mit Jochen Ott thematisierten wir die besondere Situation in der Emscher-Lippe-Region und insbesondere unserer Stadt Gelsenkirchen. Dabei stand der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung im Focus. Roter Faden des Gesprächs: Schuldenschnitt für verschuldete Kommunen, Bekämpfung der Kinderarmut, kleinere Lerngruppen und Ausbau diverser Ressourcen bereits ab der KiTa, Begleitung / Unterstützung der jungen Menschen bis zum Berufsabschluss (Ausbildungsplatzgarantie).

Die Landtagsgespräche sollen fortgesetzt werden.

Lothar Jacksteit

Auf ein Wort!



Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Beschäftigte an den Schulen in Gelsenkirchen und Gladbeck,

die nun vorliegende Stadtverbandszeitung (GEW 172) wird zukünftig als digitale Zeitung der Emscher-Lippe-Region erscheinen. Alle Mitglieder in der Region, die eine E-Mail-Adresse hinterlegt haben, erhalten sie nach Erscheinen automatisch. Wer die aktuelle Ausgabe in digitaler Form nicht erhalten hat, sollte unbedingt seine Kontaktdaten aktualisieren. Nicht-Mitglieder können sich per Mail zukünftige Ausgaben sichern (siehe S. 20). Im Übrigen ist unsere Geschäftsstelle seit dem 1. April eine Regionalgeschäftsstelle für die Kreis-, Stadt- und Ortsverbände in der Emscher-Lippe-Region (siehe S. 6).

Wir sind entsetzt, dass der russische Präsident einen Krieg begonnen hat, an dessen Ende viele Notleidende stehen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat eine Resolution (s. S. 15) verabschiedet und ein Spendenkonto (s.S. 16) eingerichtet.

In NRW stehen die Landtagswahlen an. Wir haben am 15. Mai die Wahl und entscheiden mit über die zukünftige Bildungs-

politik. Wie sich die Kandidat*innen in GE-Süd (Wahlbezirk 74) bzw. in GE-Nord/Gladbeck (Wahlbezirk 73) Bildungspolitik vorstellen und ob sie uns überhaupt geantwortet haben wird auf den Seiten 8-10 veröffentlicht.

Rückblickend ist festzustellen, dass alle an den NRW-Landesregierungen beteiligten Parteien die Chance versäumt haben, den in der Verfassung verankerten Anspruch auf Bildung zu verwirklichen. Es ist von daher nicht verwunderlich, dass die Arbeit der Bildungsministerien bei den Wahlen mitentscheidend für Erfolg bzw. Misserfolg waren und sein werden. Frau Sommer (CDU) abgewählt! Frau Löhrmann (Bündnis 90 / Die Grünen) trotz Verbesserungen insbesondere bei der Schulleitungspauschale einiger Schulformen wegen der katastrophalen Umsetzung der Inklusion abgewählt! Auch das Gebauer-Ministerium kann einige Erfolge aufweisen (siehe S. 20, GEW-Anträge umgesetzt!). Doch das oft chaotische, kräftezehrende Coronamanagement könnte auch für Frau Gebauer (FDP) Folgen haben.

Jeder von uns steht vor der Wahl, wie es weitergehen soll. Die Herausforderungen nehmen zu, bei gleichzeitigem Absinken der Ressourcen. Alarmierend ist in diesem Zusammenhang der COPSOQ-Gesamtbericht der 2. Runde. 58% (2014: 49%) der Teilnehmer*innen haben Burnout-Symptome. 50% der Beschäftigten sind nur noch in der Schule anwesend, ohne die volle Leistung bringen zu können (Präsentismus). Beide Werte machen deutlich, dass die ohnehin schon verminderte Belegschaft (Lehrkräftemangel) maximal die Hälfte der Leistung erbringen kann. Ein Vergleich des Bildungssystems mit dem Verkehrssystem ist dabei nicht abwegig. Der jahrelange Verschleiß hat weitreichende Folgen. Diese lassen sich nicht mal eben so beheben. Wir haben die Wahl! Wir entscheiden nämlich, ob wir für ein „wie bisher“ oder für ein „ressourcenorientiertes“ Arbeiten stehen! Ein „Weiter so!“ führt unweigerlich zum Kollaps des Bildungssystems in unserer Region.

Wir haben also die Chance, durch die Wahrnehmung unserer Pflichten (Gesunderhaltung, Gefährdungen und Lösungen dem Arbeitgeber mitteilen etc.) auf Verbesserungen hinzuwirken. Lasst uns dies gemeinsam in die Tat umsetzen und so Teil der Gewerkschaftsbewegung werden!

Glück auf Zukunft! Ihr / euer
Lothar Jacksteit

Bildung. Weiter denken!

GEW



Lothar Jacksteit



Alfons Kunze



Gerd Weidemann

WAZ 22. März 2022

„Kinderarmut muss Top-Thema sein“

SPD und Grüne fordern Gesamtstrategie. WAZ-Schwerpunktausgabe zu Armutsfolgen

Von Gordon Wüllner-Adomako

Gelsenkirchen. Weil im Ruhrgebiet, und insbesondere in Gelsenkirchen, weiterhin besonders viele Kinder in relativer Armut leben, fordert die Opposition im Landtag noch mehr Anstrengung im Kampf gegen Kinderarmut. „Wir brauchen hier eine landesweite Gesamtstrategie“, sagt Josef Neumann, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. „Es bedarf landespolitisch einen ganz anderen Fokus – die Kinderarmut muss das Top-Thema sein“, ergänzt Amtskollege Mehrdad Mostofizadeh (Grüne).

In keiner Stadt in Deutschland ist neben Bremerhaven mit rund 42 Prozent das Armutsrisiko für Kinder höher als in Gelsenkirchen. Die Folgen sind vielfältig und reichen von geringen Bildungschancen bis schlechter Gesundheitsvorsorge.

Im Sozialministerium weist man darauf hin, dass die Handlungsmöglichkeiten auf Landesebene bei der

Bekämpfung von Kinderarmut begrenzt seien, da die Bundesebene für die notwendigen Gesetze zuständig sei. Das Land habe aber seine Möglichkeiten genutzt und etwa die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets konstruktiv begleitet oder auf die Einführung einer Kindergrundsicherung gedrängt.

Eine Kindergrundsicherung steht auch im Koalitionsvertrag der Ampel-Bundesregierung, bis zur Umsetzung wird es allerdings noch dauern. Auch SPD und Grüne in NRW

halten die Grundsicherung, die alle finanziellen Unterstützungsleistungen für Kinder bündeln soll, für ein wichtiges Instrument gegen Kinderarmut. Beide argumentieren jedoch, das Land könne aus eigener Kraft noch mehr leisten.

So sei etwa das jährliche Finanzvolumen von acht Millionen Euro für das 2018 gestartete Anti-Armutsprojekt „Zusammen im Quartier“ des Sozialministeriums „ein Tropfen auf dem heißen Stein“, sagt Sozialdemokrat Josef Neumann. Er

fordert, dass bei der Gemeindefinanzierung auch soziale Aspekte, also etwa die vielen bedürftigen Kinder in Gelsenkirchen, eine Rolle spielen und Städte mit entsprechenden Herausforderungen so finanziell mehr entlastet werden.

Dass in diesem Zuge auch ein Alt-schuldenschnitt für klamme Kommunen wie Gelsenkirchen hermissese, glaubt neben Neumann auch Grünen-Politiker Mostofizadeh. „Das Geld muss zielgenau dort hin, wo es gebraucht wird.“ Um dies zu gewährleisten, müsse etwa auch der schulscharfe Sozialindex der Landesregierung, der die personellen Ressourcen mehr nach Brennpunkt-Schulen lenken soll, „ausdifferenziert und ausgeweitet werden“.

Wie lebt eine armutsgefährdete Familie? Wie definieren Kinder Armut? Und welche Erfolge gibt es im Kampf gegen Kinderarmut? Diesen Fragen widmet sich die WAZ Gelsenkirchen heute in einer Schwerpunktausgabe. *Berichte Lokalteil*

Programme des Landes – früher und heute

■ **„Kein Kind zurücklassen“** hieß das wohl bekannteste Regierungsvorhaben von Ex-SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.

■ Der präventive Ansatz des Programms wurde von der schwarzen Landesregierung mit Pro-

jekten wie **„Zusammen im Quartier“** (Sozialministerium) oder **„Kinderstark“** (Familienministerium) in ähnlicher Form fortgeführt – und zwar, indem man sich mehr auf **einkommensarme Familien** fokussiert hätte, argumentiert man im Sozialministerium.

<https://kurzelinks.de/6eib>



Als wir am 22. März die WAZ aus dem Briefkasten holten, waren wir überrascht und begeistert: „Kinderarmut muss Top-Thema werden“ als Anreißer auf dem Titelblatt, und es folgen 5 volle Seiten mit circa 12 Artikeln im Gelsenkirchener Teil.

Herzlichen Dank an die WAZ - Lokalredaktion. Wir sprechen den Redakteur*innen Anerkennung aus: „Sie haben das Thema mit viel Sachverstand und Herzblut auf den Punkt gebracht. Ihnen ist ein Zeitdokument gelungen.“

Einfach klasse!

In Sachen Gegensteuern bleiben wir ratlos, sind erst mal pessimistisch:

Was passiert denn jetzt, damit wir in einem halben Jahr nicht erneut auf die heute druckfrischen Seiten gucken und denken: „Das war alles?“

Es braucht die große Lösung, anknüpfend an Programmen von Stadt und Land, die es ja schon gibt.

Es ist eine hochkomplizierte Situation, die wir uns zunächst einmal selbst mit den fünf mindmaps auf den Seiten 8 – 12 (GEW 172, extra) verständlicher machen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist seit Jahrzehnten „eng dran am Thema“.

Und wir bleiben dran. Mit ausdrücklichem Bezug zu dieser WAZ - Schwerpunktausgabe.

Wir bringen unsere Vorschläge für Qualitätsstandards für gute Lern- und Arbeitsbedingungen (ein weiteres Mal) in die nächste Personalversammlung am 17. Mai 2022 ein.

Denn mitten aus unserem Berufsleben wissen wir, was chronisch überlastete Schulen, Kindertagesstätten, der Allgemeine Sozialdienst brauchen, um das System überhaupt aufrecht zu halten. Unsere „von Fall zu Fall“ akribische Kritik an den Zuständen zeigt auf, was uns behindert, unsere volle Kraft aufzuwenden für alltäglich gute und beste Arbeit mit und für Kinder und Jugendliche. Und dabei gesund zu bleiben.

Wir stellen Euch und uns 3 Fragen:

- Was brauchen wir an multiprofessionellen Teams, Räumen, ... , um Kindern und Eltern gerecht zu werden?
- Was brauchen wir, damit wir angesichts des Fachkräftemangels aufgrund chronischer Überlastung nicht auch noch ausfallen, im Beruf ausbrennen?
- Was braucht es, damit Gelsenkirchen angesichts des Fachkräftemangels in den KiTas, Ganztage, den Schulen, ... für den beruflichen Nachwuchs attraktiver werden kann?

Mit den Antworten werden wir ein weiteres Mal auf die Stadt Gelsenkirchen zugehen.

Es braucht eine Gesamtstrategie, die gemeinsame Verantwortung von Bund, Land, Stadt:

Ist nicht unsere Oberbürgermeisterin in der Partei, die in Berlin den Kanzler stellt ...?

Und wir fragen mit Blick auf die mindmap auf GEW 172, extra, Seite 8 :

Wo bleibt das von der Berliner Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP versprochene Jahrzehnt der Bildungschancen? Ohne das Einlösen des Versprechens, gemeinsam mit den Ländern für eine deutliche Steigerung der öffentlichen Bildungsausgaben zu sorgen, bleibt es bei hehren Worten.

Für den nächsten Schritt sind unsere Gelsenkirchener Bundestagsabgeordneten zuständig.

Und es sollte dem FDP-Justizminister ein Anliegen sein, sich bei der FDP-Bildungsministerin für bessere Bildungschancen unabhängig von der sozialen Lage der Eltern einzusetzen.

Lothar Jacksteit, Alfons Kunze, Gerd Weidemann



Rechenschaftsbericht des Vorstandes für das Jahr 2021/2022

Die letzte Jahreshauptversammlung fand am
17. September 2021 im Haus der IG Metall statt.

Die Anzahl der Mitglieder insgesamt 1131
Gelsenkirchen 980, Gladbeck 151

**Im Berichtszeitraum fanden
7 Vorstandssitzungen** (in Präsenz und Video)
mit folgenden Themen statt:

- Terminplanung/ Finanzplanung, Kassenbericht, Haushaltsplan
- Zusammenarbeit Stadtverband Gelsenkirchen und Ortsverband Gladbeck
- Vorbereitung Jahreshauptversammlung 17.09.2021 – im Haus der IG Metall
- Zusammenarbeit mit Personalräten und Schwerbehindertenvertretung
- Beratung und organisatorische Unterstützung bei Rechtsschutzfällen
- Teilnahme an digitalen Untergliederungsversammlungen
- Mitglied der Kommission GEW stärken!
- Digitale Vorstandssitzungen des DGB Emscher-Lippe

Folgende Veranstaltungen wurden im Berichtszeitraum durchgeführt:

- 7 Vorstandssitzungen, 29.09.21, 27.10.21, 24.11.21, 15.15.21, 26.01.22, 23.02.22, 04.05.22
- 17.09.2021: Jahreshauptversammlung, im Haus der IG Metall
- 05.10.2021: #Ihr fehlt – Hans-Sachs-Haus
- 16.11.2021: Streik - Streikfrühstück, Demozug, Kundgebung
- 25.11.2021: Streik - Kundgebung in Düsseldorf
- 14.12.2021: „Gewaltfreie Kommunikation“ – im Haus der IG Metall
- 21.12.2021: Auswertung Videokonferenz Tarifrunde
- 15.02.2022: Online Seminar „Gewalt gegen Lehrkräfte“
- 21.02.2022: Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe (Zoom Meeting)

Im Berichtsraum wurden Tarifinformationen , GEW Infos, Infos der Personalräte, Kalender und Broschüren zu verschiedenen Themen an die jeweiligen Schulformen versandt.

Der Stadtverband trat bei Amtsantritt der LAA im Seminar in Erscheinung.

Der Vorstand

Alle weiteren Termine mussten wegen Corona abgesagt werden



Marion Appold

Ehrenamtlich tätig als GEW-Schwerbehindertenvertrauensfrau
GEW Fachgruppe Grundschulen

Schwerbehinderung im Schuldienst

Länger anhaltende gesundheitliche Beschwerden von Körper und Seele könnten ggf. als Schwerbehinderung anerkannt werden. Dazu zählen zum Beispiel Stoffwechselerkrankungen (Diabetes mellitus, Zöliakie, Thyreoiditis), Funktionseinschränkungen der Sinne (Hören, Sehen), chronische Entzündungen (Colitis, Morbus Crohn, Cholezystitis), Erkrankungen der weiblichen und männlichen Geschlechtsorgane (Krebserkrankungen, urologische Erkrankungen), weitere Krebserkrankungen, orthopädische Erkrankungen (Gelenke, Fehlstellungen, Entzündungen), neurologische Erkrankungen.

Viele Betroffene haben Sorgen, einen Antrag zu stellen.

Das Land NRW als öffentlicher Arbeitgeber beschäftigt Schwerbehinderte und der Arbeitsplatz wird dementsprechend gestaltet. Eine Verbeamtung ist sogar bis 45 Jahre möglich, wenn ein gewisses Maß an Dienstfähigkeit zu erwarten ist und auch wenn die Dienstunfähigkeit irgendwann wahrscheinlich werden könnte.

Eine Schwerbehinderung ist auf dem Dienstweg anzuzeigen, damit es dem Arbeitgeber möglich ist, die Nachteilsausgleiche zu gewähren und die Schwerbehindertenvertretung rechtzeitig zu beteiligen sowie den Arbeitsplatz den berechtigten Interessen der schwerbehinderten Person anzupassen.

Nachteilsausgleiche werden im Verhältnis zum Grad der Behinderung, zum Stundenumfang und – auf Antrag – sogar unter Berücksichtigung der akuten gesundheitlichen Beschwerden für einen gewissen Zeitraum über das reguläre Maß hinaus gewährt.

Bei Beurteilungen und Prüfungen können Nachteilsausgleiche gewährt werden. Durch die Teilnahme der Schwerbehindertenvertretung soll gewährleistet werden, dass die berufliche Eignung ohne die Einbeziehung der gesundheitlichen Probleme beurteilt wird.

Schwerbehinderte Beschäftigte sind gegen Beendigung des Dienstverhältnisses besser geschützt. Bei Fortbildungen sind sie bevorzugt zugelassen. Beförderungstellen sind bevorzugt mit Schwerbehinderten zu besetzen, soweit sie ein Mindestmaß an gesundheitlicher Eignung erfüllen und die geforderte Qualifikation mitbringen.

Die Schwerbehindertenvertretung unterliegt der Schweigepflicht und kennt viele Möglichkeiten, um dem gesundheitlich eingeschränkten Menschen in Absprache mit dem Arbeitgeber eine veränderte Arbeitsverteilung anzubieten oder kann bei der Beantragung von Hilfsmitteln und Ausstattung sowie auch Arbeitsassistenten behilflich sein.

Marion Appold



<https://www.gew-nrw.de/schwerbehinderung.html>

GEW stärken! Geschäftsstelle Gelsenkirchen wird Regionalgeschäftsstelle

Auf dem letzten Gewerkschaftstag wurde der Antrag „GEW stärken“ verabschiedet. Er beinhaltet die Stärkung der Regionen, durch die Möglichkeit gemeinsame Geschäftsstellen einzurichten. So sind inzwischen in der GEW NRW viele Orts-, Stadt- und Kreisverbände mit diesem Ziel zusammengewachsen.

Auch wir in der Emscher-Lippe-Region mit dem Kreisverband Recklinghausen und den Stadtverbänden Bottrop, Gelsenkirchen & Gladbeck haben uns auf eine gemeinsame Regionalgeschäftsstelle mit Sitz in Gelsenkirchen verständigt. Die bekannte GEW-Geschäftsstelle in der Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen betreut nun die gesamte Region. Seit dem 1. April 2022 ist die Geschäftsstelle von Montag bis Donnerstag von 11-13 Uhr und nach Vereinbarung erreichbar.

Die Kooperation erfordert die Bildung eines Regionalvorstandes durch die selbstständig bleibenden Untergliederungen. Diese drei stellen jeweils eine Person zur Wahl. Das zukünftige Leitungsteam wird gebildet von Karin Wilms (Kreis Recklinghausen), Britta Logermann (Gelsenkirchen & Gladbeck) und Claus Funke (Bottrop).



Lehrermangel ohne Ende?

Die Tagesschau meldete am 19.4.22, dass sich trotz des prognostizierten Lehrermangels bis 2035 noch nicht genug in der Fachkräftegewinnung und Lehrerausbildung tut. So beenden immer weniger Lehramtsstudent*innen auch wirklich ihr Studium und Quereinsteiger*innen finden zu wenige Möglichkeiten, sich für den Lehrberuf weiterzubilden und zu qualifizieren.

Der Beitrag bietet einige Vorschläge, die Attraktivität des Lehrberufs zu steigern, um den Lehrermangel in absehbarer Zeit doch noch erfolgreich zu bekämpfen.

Die ganze Meldung könnt ihr hier lesen:



<https://www.tagesschau.de/inland/lehrermangel-schulen-101.html>



Katrin Korte

GEW Fachgruppe Grundschulen

Mein Appell: Sorgt für euch!

*Erfolg heißt, sich selbst zu mögen, zu mögen,
was man tut, und zu mögen, wie man es tut.*

(Maya Angelou)

Könnten wir nicht alle unermüdlich über die unbestritten schlechten Rahmenbedingungen unseres Arbeitsplatzes schimpfen? Ohne Zweifel kommt jeder und jede von uns regelmäßig an seine oder ihre Grenzen der Belastbarkeit und geht oftmals darüber hinaus. Weil die To Do-Liste nicht enden will, weil alle Aufgaben dringend sind, weil wir es allen und vor allem uns selbst recht machen wollen... Was daraus resultiert, sind nicht selten abgekämpfte und frustrierte Lehrkräfte, die kaum mehr einen Blick für die schönen Momente im Alltag haben und so noch erschöpfter in den nächsten Tag starten.

Wie kommen wir raus aus diesem Teufelskreis?

Ich wünschte, ich könnte darauf eine einfache Antwort geben, aber die gibt es wohl nicht.

Was ich aber mit euch teilen kann, ist meine ganz persönliche Strategie gegen den dauerhaften Arbeitsfrust. Ich suche mir mittlerweile meine Herzensprojekte im Lehreraltag bewusst aus und verleihe ihnen oberste Priorität. Ich frage mich regelmäßig, welche Aufgaben mir Freude machen und diese erledige ich zu meiner vollen Zufriedenheit und zelebriere das Ergebnis. Das kann die Erstellung einer Abschlusszeitung sein, die feierlich veröffentlicht wird oder ein Ausflug, der das Klassenklima verbessert und dadurch die nötige Überstunde rechtfertigt. Das kann bedeuten, dass meine Klasse eine längere Frühstückspause genießt, weil ich ein ganzes Kapitel des

schönen Kinderbuchs vorlese. Aber auch eine neue Idee für die Schulentwicklung, die auf den ersten Blick mehr Arbeit bedeutet, kann dazu führen, dass ich dadurch ein wenig mehr Zufriedenheit in meinen Arbeitsalltag bringe. Die anderen Aufgaben, die dadurch natürlich nicht verschwinden, erledige ich weiterhin pflichtbewusst, aber eben auch nur auf das Nötigste beschränkt. Da reicht als Elterninfo in bestimmten Fällen eine E-Mail und es muss kein gedruckter Elternbrief mit einem passenden Bildchen des Klassentieres erstellt werden. Da kann auch die Fensterdekoration vom vorletzten Jahr noch einmal gebastelt werden und es müssen keine neuen Vorlagen erstellt werden. Da reicht auch einfach mal ein Haken für erledigte Hausaufgaben, statt einer Korrektur jedes einzelnen Arbeitsblattes.

Ich möchte euch daher ermutigen: Nutzt eure Spielräume bei der Ausgestaltung eurer Arbeit und findet heraus, welche Aufgaben euch Freude machen und euch Kraft für die ungeliebten Aufgaben geben!

So könnt ihr für euch sorgen und wieder schöne Erlebnisse in eure Wahrnehmung rücken. Zusammen geht es wie immer besser, aber auch wenn ihr keine Gleichgesinnten findet, probiert diesen Weg doch einfach mal aus und schaut, ob es etwas für euch ist.

Katrin Korte

Landtagsdebatte über Lehramt und Numerus clausus

Der Landtag debattierte am 16. Februar 2022 auf Antrag von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen über den möglichen Wegfall der Zulassungsbeschränkungen fürs Lehramtsstudium. Vorausgegangen war ein Vorschlag von Schulministerin Yvonne Gebauer zur Abschaffung des Numerus clausus (NC), um mehr Lehrkräfte für die nordrhein-westfälischen Schulen zu gewinnen.

Die SPD-Fraktion schreibt in ihrem Antrag (17/16541) von einem „überraschenden und inhaltlich fragwürdigen Vorstoß zum Ende der Wahlperiode“. Die Grünen-Fraktion spricht vom „Offenbarungseid einer gescheiterten Schulpolitik“ (17/16542). Schulministerin Gebauer habe es versäumt, wirksame Maßnahmen gegen den Lehrermangel auf den Weg zu bringen, so Sigrid Beer (Grüne). Jochen Ott (SPD) warf dem Schulministerium vor, dass kein Konzept existiere. Es sei „großspurig gestartet und als Bettvorleger“ gelandet.

Petra Vogt (CDU) wies daraufhin, dass es beim Lehrkräftemangel keine Denkverbote geben dürfe und man sicherlich auch

über den NC nachdenken kann. Die Landesregierung habe „schnell und zielorientiert“ mehrere Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Die rot-grüne Vorgängerregierung habe schulpolitisch einen „Scherbenhaufen“ hinterlassen, kritisierte Daniela Beihl (FDP). Schwarz-Gelb dagegen habe seit 2017 den Schuletat um 3,1 Milliarden Euro erhöht und seit 2018 mehr als 10.000 Stellen für Lehrkräfte eingerichtet. Die FDP-Fraktion unterstütze das Vorhaben, weitere Lehramtsstudienplätze einzurichten, um so den NC „an immer mehr Hochschulen dann auch perspektivisch entfallen zu lassen“.

Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) sprach von vier Maßnahmenpaketen, die die Landesregierung auf den Weg gebracht habe. Diese hätten bereits zu mehr als 5700 zusätzlichen Einstellungen und zu rund 1400 zusätzlichen Studienplätzen geführt. Die Universität Siegen verzichte beim Lehramtsstudium bereits auf den Numerus clausus.

Quelle: Landtag Intern. Ausgabe 2, 22. Februar 2022, S. 7.
(Excerpiert von Lothar Jacksteit)

Mehr lesen unter: <https://kurzelinks.de/bcy5>



Antworten der Kandidierenden der SPD, FDP, CDU und Die Grünen zur Landtagswahl 2022



Christin Siebel, Wahlkreis 73,
Gelsenkirchen I - Recklinghausen V

**Wenn ich gewählt bin,
dann setze ich mich im Bildungsbereich ein für ...**

... ein neues Aufstiegsversprechen in der nordrhein-westfälischen Bildungspolitik! Aufstieg durch Bildung muss kostenlos und unabhängig vom Geld der Eltern sein, von der Kita bis zum Master oder Meister. Ich mache mich stark für einen Ganztags, der alle Kinder und Jugendlichen mitnimmt, eine faire Bezahlung aller Lehrkräfte, eine echte Personaloffensive und modern ausgestattete Schulen auf der Höhe der Zeit. Unsere Kinder brauchen faire und gleiche Chancen von Anfang an - unabhängig von der Postleitzahl.

Rund 5.000 Stellen für Lehrkräfte in NRW sind aktuell unbesetzt. Besonders Haupt-, Real-, Berufs- und Gesamtschulen bleiben hinter den besser besoldeten Gymnasien zurück. Um noch größere Klassen und noch mehr Unterrichtsausfall zu verhindern, benötigen wir in NRW dringend einen Kurswech-

sel in der Schulpolitik mit einer entschlossenen Personaloffensive sowie attraktiven Angeboten und Qualifizierungen für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger. Dabei müssen alle Lehrkräfte endlich nach der Besoldungsstufe A13 bezahlt werden. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Durch meine eigene Ausbildung und meinen Beruf als Gewerkschaftssekretärin weiß ich, wie wertvoll die berufliche Ausbildung ist. Ich will die berufliche Ausbildung mit einer Ausbildungsgarantie stärken, versteckte Ausbildungskosten abschaffen und den Meistern endlich kostenfrei machen. Wir bauen Azubi-Wohnheime und führen ein günstigeres und besseres Azubiticket ein. Mit dem ehrgeizigen Zukunftsinvestitionsprogramm "Gute Berufskollegs 2030" sanieren, modernisieren und digitalisieren wir alle Berufsschulen in Nordrhein-Westfalen. Die Kolleginnen und Kollegen bilden hier die Fachkräfte von Morgen aus. Deshalb muss das Thema Ausbildung Priorität in NRW werden.

Unsere Bildungspolitik muss Sprungbrett und Sprungtuch zugleich sein. Das bedeutet für mich, dass wir in unserer Corona-Politik die Schulen besser entlasten und Lehrpersonal, Eltern und Kinder besser schützen müssen. Bildung darf kein Risiko sein, Luftfilter gehören in jede Klasse sowie eine Teststrategie, die das Lehrpersonal nicht zusätzlich belastet.



Markus Karl Wahlkreis 73
Gelsenkirchen I – Recklinghausen V

**Wenn ich gewählt bin,
dann setze ich mich im Bildungsbereich ein für ...**

Jedem Menschen muss die Teilhabe an unseren Systemen ermöglicht werden und jeder Mensch soll die Kompetenzen entwickeln können, die in ihm stecken. Ich möchte Kindern den Aufstieg unabhängig von der Herkunft der Eltern und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ermöglichen. Nur so kann die junge Generation selbst verantwortlich zum Gemeinwohl unseres Landes beitragen. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass alle Kinder die notwendigen Ausstattungen kostenlos erhalten.

Bereits von der KiTa an sind durch Diagnoseverfahren die Förder- und Förderbedarfe festzustellen, so dass frühzeitig für jedes Kind die Maßnahmen ergriffen werden können, um ihm die beste Bildung zu ermöglichen. Eltern, die mit der Erziehung

ihrer Kinder überfordert sind, müssen wirksam unterstützt und begleitet werden. Dieser Prozess setzt sich bis zum Ende der Schulzeit fort.

Eine Neubau- und Sanierungsoffensive ist erforderlich, um angemessenen Schulraum anzubieten. Es fehlen zudem Aufenthalts- und Ruheräume für Personal und Schülerinnen und Schüler. Des Weiteren existieren zu wenig Arbeits- bzw. Teamräume für Lehrkräfte und andere Professionen.

Ein guter und funktionierender Arbeits- und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten ist sicherzustellen. Dazu gehört auch die Einführung eines Gesundheitsmanagements.

Eine landesweite (Post-) Corona Strategie im Bildungsbereich liegt mir sehr am Herzen. Die Bildungschancen der Jugendlichen wurden durch die Corona-Pandemie stark beeinträchtigt. Für gezielte Fördermaßnahmen und eine Anpassung der Lehrpläne werde ich mich nach der Wahl einsetzen.



**Freie
Demokraten**
FDP

*Ralf Robert Hundt, Wahlkreis 73,
Gelsenkirchen I und
Recklinghausen V*

**Wenn ich gewählt bin,
dann setze ich mich im Bildungsbereich ein für ...**

mehr Bildungsgerichtigkeit. Denn Bildung ist die elementare Voraussetzung für individuellen Erfolg und ein selbstbestimmtes Leben. Daher brauchen wir zukunftssichere Schulen, in denen die besten Arbeitsmöglichkeiten fürs Lehren und Lernen zur Verfügung stehen. Über Bildungsmöglichkeiten darf nicht das Elternhaus oder der Wohnort entscheiden. Bildung muss bereits in der Kita beginnen.

Zudem müssen wir bereits bestehende gute Angebote ausbauen. Zwei Beispiele: Ruhrfutur, eine Initiative von Universitäten und Kommunen, an der auch Gelsenkirchen beteiligt ist, muss weiter gefördert werden. Und: Das ausgezeichnete Projekt der Westfälischen Hochschule „Talentscouting NRW“, das wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge die Bildungsgerechtigkeit von Schülern nachhaltig verbessert, muss erweitert werden.

Sehr am Herzen liegt mir aber auch, unser System der beruflichen Ausbildung zu verbessern: Ich setze mich für einen Berufsbildungspakt - ähnlich dem Hochschulbildungspakt - ein. Denn obwohl jeder Meister durch seine fundierte Ausbildung theoretisch und praktisch hoch qualifiziert ist, wird er einem Master nicht gleichgestellt. Meister sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Davon bin ich überzeugt, weil ich seit über 30 Jahren sehr erfolgreich als Selbstständiger in der Immobilienbranche arbeite. Daher fordere ich: Ein Meister muss genau so viel wert sein wie ein Master.



*Ilayda Bostancieri
Wahlkreis 74 Gelsenkirchen II*

**Wenn ich gewählt bin,
dann setze ich mich im Bildungsbereich ein für ...**

Für gute Startchancen für jedes Kind, denn Bildung beginnt in der Kita- Für gute Schulen in jedem Quartier, für Alternativen zum klassischen Notensystem, das die Interessen und Fähigkeiten der Schüler*innen in den Fokus stellt. Wir müssen das Bildungssystem reformieren, damit es seinem Namen gerecht wird. Dabei setzen wir den Fokus auf die Vermittlung wichtiger und notwendiger Inhalte und Inklusion.

Wenn ich gewählt bin, dann setze ich mich im Bildungsbereich ein für faire Löhne für Auszubildende, ein günstiges Azubi-Ticket und BAföG, das zum Leben reicht.



*Sebastian Watermeier,
Wahlkreis 74, Gelsenkirchen II*

**Wenn ich gewählt bin,
dann setze ich mich im Bildungsbereich ein für ...**

einen kompletten Neustart in der nordrhein-westfälischen Bildungspolitik, der eine echte Bildungsoffensive mit sich bringt! Die Personalausstattung in den Schulen, insbesondere im Grundschulbereich, ist weiterhin eine Herausforderung, die nun mit allen Mitteln bewältigt werden muss. Die Landesregierung konnte ihre Versprechen nicht in ausreichendem Maße erfüllen. Gemeinsam mit der SPD stehe ich für einen massiven Ausbau der Studienplätze für Lehramt, Sonderpädagogik und Sozialpädagogik. Dazu werden die Zugangsvoraussetzungen an den Hochschulen sinnvoll anpasst und Kapazitäten erhöht. Viele Kolleginnen und Kollegen befinden sich bereits an der Grenze ihrer Belastbarkeit und trotz der Umstände leisten sie einen enorm guten Job, um die Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu unterrichten.

Die mittlerweile zwei Jahre Pandemiebetrieb haben noch weiter die Nerven aller Beteiligten strapaziert. Die schulischen Folgen der Pandemie werden wir noch Jahre zu spüren bekommen. Mit der SPD werde ich mich für eine umfassende Personaloffensive einsetzen, die nicht nur die Akquise von Lehrkräften, sondern auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in schulpädagogischen Bereichen miteinbezieht.

Mit der Einführung des schulscharfen Sozialindex wurde eine langjährige Forderung der SPD-Fraktion im Landtag umgesetzt. Einen wirklichen Fortschritt hat diese Änderung, gerade für Gelsenkirchen, nicht gebracht, da aus der Beschreibung des Status Quo keine nennenswerte Höherstufung und bessere Berücksichtigung erfolgte. Neben einem effektiven Sozialindex, der die wirklichen Herausforderungen und Bedarfe in den Quartieren abbildet, will ich mich für 1.000 Talentschulen in NRW stark machen. Diese sollen in besonders herausfordernden sozioökonomischen Lagen mit zusätzlichen Personal- und Sachmitteln ausgestattet werden. Gerade Gelsenkirchen wird in diesem Zuge profitieren. Mit dem NRW-Zentrum für Talentförderung in Gelsenkirchen-Ückendorf haben wir ein erfolgreiches und gut funktionierendes integrales Bildungsinstrument, um Jugendliche zielgenau zu fördern. Der Einsatz der unzähligen Talentscouts in NRW zeigt positive Effekte.

Einen weiteren Schwerpunkt möchte ich auf den Ausbau der Familienzentren an Grundschulen legen. Gelsenkirchen ist hier Vorbild für ganz NRW. Ohne den Einsatz der vielen Akteurinnen und Akteure wäre dieser Erfolg sicherlich nicht möglich gewesen. Genau das wollen wir politisch stärker fördern. Mit diesen und weiteren Forderungen kämpfe ich mit den Kolleginnen und Kollegen der SPD für ein Bildungssystem, das sich an den Bedürfnissen der Vielen und nicht der Wenigen orientiert.



CDU

Michael Schmitt Wahlkreis 74
Gelsenkirchen II

Wenn ich gewählt bin, dann setze ich mich im Bildungsbereich ein für ...

...jedes Kind, jede Jugendliche und jeder Jugendlicher die bestmöglichen Bildungsangebote bekommt. Das beginnt schon in der frühkindlichen Bildung und geht bis zur beruflichen und akademischen Bildung. Für mich steht fest: Bildung hat Ideologie frei zu sein und zu bleiben!

Aus diesem Grunde setze ich mich dafür ein, dass das dreigliedrige Schulsystem bestehen bleibt und die Förderschulen in unserem Bundesland weiter gestärkt werden. Jede Schülerin und jeder Schüler muss die für ihn maßgeschneiderte Bildung bekommen!

Darüber hinaus muss der Lehrermangel weiterhin aktiv angegangen werden. Als Landesregierung haben wir in den letzten Jahren 13.300 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen und wollen diese Zahl in den nächsten fünf Jahren um erneute 10.000 Stellen erhöhen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass jede Lehrerin und jeder Lehrer eine hervorragende Ausbildung bekommen muss, um später die Schülerinnen und Schüler bestmöglich auszubilden. Deshalb ist es aus meiner Sicht unerlässlich, mehr Studienplätze für das Lehramt anzubieten, um weiterhin Nachwuchs für den Lehrberuf generieren zu können.

Insgesamt bildet der Bildungsbereich einen der wichtigsten Faktoren im landespolitischen Bereich. Wir stehen vor vielen Herausforderungen. Es bedarf einer Modernisierungsoffensive der Schulgebäude und der Hochschulgebäude. Auch eine Strategie der Reintegration der Jugend für Nach-Corona ist unerlässlich. Wir müssen dafür sorgen, dass unser Nachwuchs bestmöglich für die Zukunft vorbereitet wird, damit es in Gelsenkirchen, im Ruhrgebiet und NRW bergauf geht!



Freie Demokraten

FDP

Isabell Scharfenstein Wahlkreis 74
Gelsenkirchen II

Wenn ich gewählt bin, dann setze ich mich im Bildungsbereich ein für ...

ein Umdenken.

Um den wachsenden Anforderungen und der Heterogenität in den Schulen gerecht zu werden, müssen wir die Bildungspolitik neu denken und vor allem ganzheitlich angehen.

Bildung beginnt mit dem Eintritt in die KiTa. Die KiTa-Plätze müssen ausgebaut werden. Wir müssen mehr Personen für den Erzieherberuf gewinnen können und die Dokumentation muss angepasst werden. Zudem setze ich mich für ein neues Vorgehen beim Anmeldeverfahren ein, um hier den Eltern mehr Sicherheit geben zu können und um den aktuellen Stress während der Anmeldephasen entgegenzuwirken.

Im Bereich der Schulen brauchen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer, aber gerade im Grundschulbereich sind weitere Professionen notwendig. Es werden Sozialpädagogen, Sonderpädagogen, Sozialarbeiter, Verwaltungsassistenten, etc. benötigt. Holen wir endlich mehr und unterschiedlich qualifiziertes Personal in die Schulen. Zukünftig müssen alle Kinder die Möglichkeit auf einen OGS-Platz haben, um von den Nachmittagsangeboten profitieren zu können.

Darüber hinaus setze ich mich für gleiche Standards in Schulen ein. Es darf weder von der Stadt noch von dem Stadtteil abhängig sein, wie die Schule ausgestattet ist. Chancengleichheit beginnt mit einer ähnlichen, wenn nicht sogar identischen Ausstattung aller Schulen.



Entlastung und Wertschätzung im Schulalltag



Marion Appold

Ehrenamtlich tätig als GEW-Schwerbehindertenvertrauensfrau
GEW Fachgruppe Grundschulen

GEW-Fachgruppe Grundschule lädt Beschäftigte aller Schulformen zum Brainstorming ein.

Schreibt uns an gew-ge@gmx.de, wenn es an euren Schulen ähnliche „Knackpunkte“ gibt und was endlich passieren muss!

Begrenzung der Vertretung

Der Einsatz von Sozialpädagogischen Fachkräften und Sozialpädagog*innen in permanenten Vertretungssituationen ist Verschleiß von Personalressourcen. Die Kolleg*innen sind überlastet, unzufrieden und ausgebrannt. Es muss eine Regelung geben, wie sie ihren originären Aufgaben nachkommen können und gleichzeitig die Betreuung von Kindern gewährleistet werden kann. Auch wenn dies bedeutet, in der Öffentlichkeit endlich offen zu legen, dass Personal fehlt. Es kann nicht Betreuung um jeden Preis aufrechterhalten werden, ggf. müssen weitere personelle Ressourcen gewonnen werden, um den Rechtsanspruch auf Förderung gewährleisten und Personal achtsam einsetzen zu können.

Einsatz von Schulhelfern mit Ersthilfeausbildung

Es besteht ein gravierender Mangel an ausgebildeten Lehrkräften an Gelsenkirchener Grundschulen. In den Pausen müssen Lehrer*innen erste Hilfe leisten, Telefonate entgegen nehmen und Absprachen treffen. Ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Kolleg*innen wurden Schulflächen zugebaut. Die engen Spielflächen begünstigen Unfälle und Konflikte. Die ohnehin sehr belasteten Kolleg*innen haben permanent Aufsicht zu leisten und müssen sich sogar absprechen, um überhaupt auf die Toilette gehen zu können. Dabei wäre eine kurze Erholungspause dringend erforderlich. Mehrere Schulen haben zwei Standorte, auch dies führt zu erheblichen Belastungen bei gleicher Zuweisung von Ressourcen.

Der Schulträger muss diese durch ihn zu verantwortende Misere dringend ausgleichen!

Durch den Einsatz von Hilfskräften könnten Aufsichten durch Lehrer*innen zugunsten pädagogischen Handelns auf ein Minimum reduziert werden. Während der Unterrichtszeit könnten Schulhelfer pflegerische und organisatorische Tätigkeiten wie Bereitstellung von Material, Kopierdienste und Terminvereinbarungen übernehmen.

Betreuung statt Unterricht führen zu Dauerbelastung, hohen Krankenzahlen, Unzufriedenheit und einer schlechten Unterrichtsqualität

Manche Kollegen werden nur noch „der Puffer“ genannt und erfahren keinerlei Wertschätzung. Stattdessen wissen sie morgens häufig nicht einmal, wo sie am Tag eingesetzt sein werden. Dies ist purer Stress und ein Verschleiß von Fachkräften, die eigentlich für Inklusion und Erstförderung eingestellt wurden und deren Expertise dringend gebraucht würde. In einer solchen Situation gibt es oft nur Betreuung statt Unterricht. Für alle Beteiligten ist dies ein unhaltbarer, aber andauernder Zustand.

Wir fordern den Einsatz von Fachkräften ausschließlich im Rahmen ihrer originären Aufgaben; den Ausbau der OGS am Vormittag, um Betreuungsbedarfe erfüllen und Förderung aufrechterhalten zu können. Ein vorübergehender Lösungsansatz könnte auch der Einsatz von Freiwilligen im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres sein.

Digitalisierung

Endgeräte sind vorhanden, können aber von Lehrkräften nicht adäquat zu den beruflichen Erfordernissen genutzt werden. Sicherheitssperren verhindern beispielsweise das Drucken zu Hause. Kinder können mit den Endgeräten nicht lernen, da Apps nicht individuell aufgespielt werden können und /oder nicht finanzierbar sind und die Familien ohnehin nicht über einen WLAN-Zugang verfügen.

Nötig sind: WLAN-Sticks für bedürftige Schulkinder sowie ein schulnaher Support für alle Schulen. Darüber hinaus wöchentliche Webinare/ Fortbildungsvideos zum Einüben von digitalen Einsatzmöglichkeiten im Unterricht in Gelsenkirchener Schulen (Praxisbeispiele), die individuell abgerufen werden können.

Belastungen senken

Der Anteil von schwerbehinderten Kolleg*innen bei den längerfristigen Erkrankungen lag im Schuljahr 20/21 bei ca. 25%. Bei den Gesprächen zum betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) wird deutlich, dass immer häufiger die Belastungen Teil der Ursachen sind.

Wir fordern deshalb ein breit angelegtes Gesundheitsmanagement für Gelsenkirchen, um die verbliebenen Lehrer*innen gesund und arbeitsfähig zu behalten.

Zentrale Einstellungsgespräche

Die Auswahlgespräche an den einzelnen Schulen stellen eine hohe Belastung und Verschwendung von Arbeitszeitressourcen dar und sind nicht zielführend. Oftmals verbringt die Auswahlkommission einen ganzen Tag mit dem Auswahlverfahren und eine Einstellung kann dennoch nicht erfolgen.

Für Gelsenkirchen muss es eine Lösung geben, so dass Auswahlgespräche zielführend stattfinden können.

Dolmetscher

Es ist sehr mühsam und schwierig, Dolmetscher zu organisieren. Oftmals sind nur kurze Telefonate notwendig, um Rücksprache zu ermöglichen.

Es muss ein zentrales Büro mit Dolmetschern geben, die bei Telefonaten hinzu geschaltet werden können. Es sollten Bezirke eingerichtet werden, innerhalb derer die Dolmetscher*innen generell an bestimmten Tagen an den Schulen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus könnten Übersetzungsgeräte helfen.

Worksheet Crafter

Das Programm wird standardmäßig genutzt. Es kann nicht sein, dass das Programm, das zur Erstellung von digitalen Übungsformaten in der App notwendig ist, von den Kolleg*innen privat finanziert und nicht auf die Dienstgeräte aufgespielt werden kann.

Wir fordern eine Lizenz des Worksheet Crafter für alle Lehrerinnen und Sozialpädagog*innen an Gelsenkirchener Schulen.

Schulhoffensive

Manche Schulhöfe haben eine ungleichmäßige asphaltierte Spielfläche, es kommt zu vielen Unfällen. Die Spielflächen, Geräte und Anpflanzungen sind beschädigt und alt. Einige wirken wie Gefängnishöfe.

Eine Aufwertung aller Schulhöfe in Gelsenkirchen durch ein Expertenteam würde eine Wertschätzung für die Kinder bedeuten und ein sichtbares Signal setzen. Dringend benötigte motorische Förderung könnte auch nachmittags und in den Ferien dort stattfinden (siehe mindmap „Lernorte“, GE-W 172 extra, S.11).

Dienstfahrzeuge und Bezuschussung von Schulen mit zwei Standorten

Die Stadt hat mehrere Schulen mit Dependance eingerichtet. Seit Jahren pendeln Kolleg*innen zwischen diesen Schulen hin und her. Die Versicherung des Fahrzeuges ist im Falle eines Unfalles unzureichend. Es gibt in Gelsenkirchen Schulen mit sehr wenig Parkraum.

Wir fordern die Bereitstellung von elektrischen Dienstfahrrädern an diesen Standorten bzw. mit einer Station an der nächstgelegenen Park and Ride Station. Darüber hinaus benötigen die Schulen mit zwei Standorten dringend einen größeren Etat für Arbeitsmaterial und die Möglichkeit gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen, indem ein Fahrdienst ermöglicht wird, um z.B. ein gemeinsames Schulfest überhaupt durchführen zu können. Jeder Zauberer, jede Autorenlesung, jede schöne Veranstaltung muss sonst immer doppelt bezahlt werden.

Ausgleich bildungsferner Erziehung

In Gelsenkirchen kennen viele Kinder erreichbare außerschulische Lernorte nicht. So ist für manche auch ein Wald oder ein Bauernhof völlig unbekannt. Es muss möglich sein, dass unbürokratisch Bildungs- und Teilhabepaket Gelder, für das Aufsuchen außerschulischer Lernorte genutzt werden können.

Wir fordern „Klassenfahrtscheine“ für jede Grundschulklasse, damit mindestens einmal pro Halbjahr ein außerschulischer Lernort kostenlos angefahren werden kann.

Zeit

Im täglichen Arbeitsalltag fehlen Zeiten für das Selbststudium, die dringend erforderlich sind. Viele Kolleg*innen können aufgrund der Arbeitsbelastung Fachliteratur nur in den Ferien lesen. Die Zeitfenster innerhalb der Woche gibt es dafür nicht mehr.

Wir fordern verkürzte Schultage für Selbststudium und Webinare!

Marion Appold



WAZ 29.03.2022

Kinderarmut: Maßnahmen reichen nicht

Ex-GEW-Vorsitzende:
Politik in der Pflicht

In Gelsenkirchen leben 41,5 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Familien, die Hartz IV beziehen. Kinderarmut hat viele Facetten und weitreichende Folgen für die Stadtgesellschaft – in unserem Schwerpunkt haben wir darüber berichtet. Mit Blick auf unsere Berichterstattung sagt die ehemalige Vorsitzende des Stadtverbands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Anne Winnen: „Die Stadt Gelsenkirchen bringt alles ihr Mögliche an Finanz- und Gestaltungskraft auf, in unseren benachteiligten Sozialräumen Chancengleichheit und Bildungserfolg zu sichern. Aber es reicht doch vorn und hinten nicht.“

Sie sagt, im Nachgang der Berichterstattung und zur Frage nach nachhaltiger Wirkung: „Ich bleibe ratlos, bin nach unseren jahrzehntelangen Erfahrungen pessimistisch: Was passiert denn jetzt, und was muss passieren, damit wir in einem halben Jahr nicht erneut auf die heute druckfrischen Seiten gucken und denken: ‚Das war alles?‘“

Vorschlag: Experten zurate ziehen

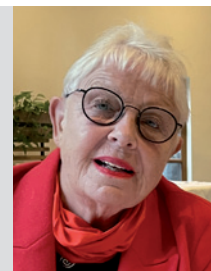
Anne Winnen schlägt der Oberbürgermeisterin, Karin Welge, vor, Experten, wie etwa die Erzieherinnen und Erzieher, die Lehrerinnen und Lehrer, nach ihren Bedarfen zu fragen, sie einzubeziehen, um Kindern und Eltern gerecht zu werden. Oder was es braucht, damit Gelsenkirchen „für den beruflichen Nachwuchs attraktiver werden kann“.

„Diese Hausaufgabe für das Hans-Sachs-Haus, den Bedarf zu ermitteln, sollte doch lösbar sein, sogar in Windeseile“, sagt sie. Ihrer Meinung nach sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die Qualität des Bildungssystems zu stärken. Dabei sieht sie auch die Bundesregierung in der Pflicht.

<https://www.e-pages.dk/wazgelsenkirchen/1041/article/1560102/10/1/render/>

Anne Winnen

(ehemalige GEW-Geschäftsführerin)



Leserbrief an die Westdeutsche Allgemeine 29.03.2022

Herzlichen Dank an die WAZ für die umfangreiche Beilage. Ich spreche den Redakteur*innen meine Anerkennung aus: „Sie haben das Thema mit viel Sachverstand und Herzblut auf den Punkt gebracht.“

Trotzdem bleibe ich ratlos, bin nach unseren jahrzehntelangen Erfahrungen pessimistisch: Was passiert denn jetzt, und was muss passieren, damit wir in einem halben Jahr nicht erneut auf die heute druckfrischen Seiten gucken und denken: „Das war alles?“

Es kommt ja noch was dazu. Wir haben 2 Jahre Corona. Bildungslücken, die es im März 2020 schon gab, sind noch größer geworden.

Wir alle fragen, wie kann die Koalition aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP endlich die versprochene Handlungsstärke zeigen?

Die Stadt Gelsenkirchen bringt alles ihr mögliche an Finanz- und Gestaltungskraft auf, in unseren benachteiligten Sozialräumen Chancengleichheit und Bildungserfolg zu sichern. Aber es reicht doch vorn und hinten nicht.

Darum schlage ich unserer Oberbürgermeisterin vor: Fragen Sie die Erzieher*innen, die Lehrkräfte, die Sozialarbeit, fragen Sie die Gewerkschaften, ...:

Was braucht ihr an multiprofessionellen Teams, Räumen, ... , um Kindern und Eltern gerecht zu werden?

Was braucht ihr, damit ihr angesichts des Fachkräftemangels aufgrund chronischer Überlastung nicht auch noch ausfällt?

Was braucht es, damit Gelsenkirchen angesichts des Fachkräftemangels in den KiTas, Ganztage, den Schulen, ... für den beruflichen Nachwuchs attraktiver werden kann?

Diese Hausaufgabe für das Hans-Sachs-Haus, den Bedarf zu ermitteln, sollte doch lösbar sein, sogar in Windeseile.

Es sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die Qualität des Bildungssystems zu stärken – auch das hat die Bundesregierung versprochen.

Für diesen nächsten Schritt sind unsere Gelsenkirchener Bundestagsabgeordneten zuständig. Und es sollte dem FDP-Justizminister ein Anliegen sein, sich bei der FDP-Bildungsministerin für bessere Bildungschancen unabhängig von der sozialen Lage der Eltern einzusetzen.

Wir haben eine Ampelkoalition.

Sorgt dafür, dass die Ampel von rot auf grün gestellt wird.

Anne Winnen

Von der Armut in die Armut – Fakten

Insgesamt gibt es in Deutschland laut Bundesagentur für Arbeit rund 7,4 Millionen Minijobber*innen im Gewerbe und in Privathaushalten. Über die Hälfte von ihnen sind Frauen.

Für viele ist es kein Nebenjob; es ist ihr einziger Job. Manche haben gleich mehrere Minijobs. Viele leben in schlechteren Bedingungen als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Laut IAB leben rund ein Viertel in Haushalten mit wenig Einkommen; jede*r sechste (17 Prozent) bezieht nebenher Grundsicherung. Oft sind Minijobs schlecht bezahlt. Minijob-Stellen sind häufiger befristet, es gibt selten schriftliche Arbeitsverträge oder vertraglich vereinbarte Arbeitszeiten. Gesetzliche

Arbeitszeitregeln werden teils missachtet. Oft genug wird kein Urlaubsgeld gezahlt oder – obwohl es einen Anspruch darauf gibt – der Lohn im Krankheitsfall nicht weitergezahlt.

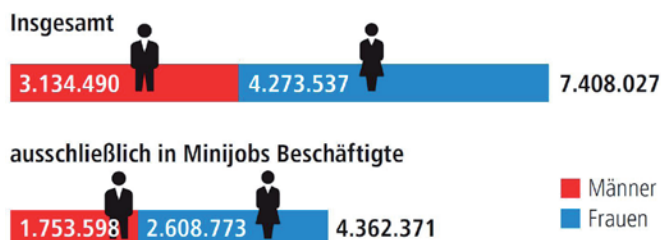
Fällt der Job weg, besteht kein Anspruch auf Arbeitslosengeld. Es gibt kein Kurzarbeitergeld; in der Pandemie waren es diese Beschäftigten, die als erste gehen mussten – über 500 000 verloren ihre Jobs in der Zeit. Und da die meisten Minijobber*innen die freiwilligen Beiträge zur Rentenversicherung abwählen, drohen vielen Nachteile bei Rentenleistungen.

Wäre der Minijob eine Brücke in bessere Beschäftigung – wie sie viele Minijobber*innen gerne hätten – gäbe es ein Argument dafür. Aber sie führen nachweislich nicht in bessere Arbeitsstellen. Im Gegenteil: In manchen Branchen wie dem Einzelhandel und der Gastronomie haben die Minijobs reguläre Stellen vernichtet, vor allem in kleinen Betrieben.

Wer länger in einem Minijob arbeitet, verliert zudem an Qualifikation – es wird schwerer, in Arbeit zu wechseln, für die man qualifiziert ist. Das ist keine Kleinigkeit: Rund zwei Millionen Minijobber*innen sind für ihre Tätigkeit überqualifiziert. Für viele Frauen wird der Minijob zur Teilzeitfalle – einmal Minijob, immer Minijob. Die Folgen langjähriger Minijob-Arbeit können dramatisch sein: Menschen, die schon im Erwerbsleben häufig arm waren, rutschen mit dem Rentenalter in die Altersarmut.

Frauen in der Mehrzahl

Geringfügig Beschäftigte in Deutschland (Stand Juni 2021)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© DGB-einblick 04/2022 / CC BY 4.0

Mehr als die Hälfte aller geringfügig Beschäftigten in Deutschland arbeitet ausschließlich in Minijobs – vor allem Frauen.

Der Plan der Ampel

Ab 1. Oktober 2022 soll die Minijobgrenze von bisher 450 Euro auf 520 Euro im Monat steigen und künftig mit jeder Mindestlohnerhöhung angepasst werden. Sie orientiert sich an 10 Stunden Wochenarbeitszeit zum Mindestlohn. Zusätzlich sollen im Übergang zu den Midijobs die Sozialversicherungsbeiträge – die Midijobber*innen zahlen müssen – für die Beschäftigten gesenkt werden; die Arbeitgeber sollen dagegen mehr zahlen. Damit soll der bisherige harte Sprung – erst keine Sozialversicherung, dann die volle Summe – zwischen Mini- und Midijob verhindert werden. Die Midijob-Grenze wird von 1300 auf 1600 Euro angehoben.

Keine Verbesserung in Sicht

Im Koalitionsvertrag bezeichnen die Ampel-Parteien die Pläne als „Verbesserung“, weil es einfacher werde, in sozialversicherungspflichtige Jobs zu wechseln. Doch das Gegenteil ist der Fall: Auch wenn Beschäftigte es wollten – für viele Arbeitgeber ist es attraktiver, bei den Minijobs zu bleiben. Dadurch könnten gerade in Kleinbetrieben weiterhin sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verdrängt werden, zumal die Arbeitgeber bei den Midijobs künftig einen größeren Anteil der Sozialversicherungsbeiträge übernehmen müssten.

Auch für die Sozialversicherungen ist der Plan keine Verbesserung: Ihnen gehen Einnahmen verloren – das IAB rechnet mit 1 Mrd. Euro pro Jahr Ver-

lust, die Bundesregierung mit 800 Millionen Euro. Das Ziel der Ampel werde so verfehlt, heißt es beim IAB. Auch ein weiteres Ziel aus dem Koalitionsvertrag wird nicht erreicht: Die Gleichstellung von Frauen. Ausgerechnet da, wo besonders viele Frauen arbeiten, werden Strukturen verfestigt, die Frauen ökonomisch benachteiligen.

Das fordert der DGB

Das Grundproblem des Minijobs kann nicht mit kleinen Reformen gelöst werden. Notwendig ist eine umfassende Reform, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung attraktiv macht – damit Beschäftigte im Alltag und im Alter abgesichert sind. Deswegen fordern die Gewerkschaften, dass ab der ersten Arbeitsstunde die Sozialversicherungspflicht eingeführt wird – und die Arbeitszeit digital erfasst wird. Zunächst zahlt der Arbeitgeber die Beiträge; für die Beschäftigten steigen sie schrittweise bis zur Parität an. Damit die Beschäftigten bei geringen Einkommen nicht voll belastet werden, soll es zudem steuerliche Zuschüsse geben.

Quelle: einblick März 2022

Resolution

Krieg sofort beenden! Waffenstillstand jetzt!

Erklärung des DGB-Bundesausschusses zum Ukrainekrieg



Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen die kriegerische Aggression Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste. Dieser Krieg stellt einen beispiellosen Angriff auf die europäische Friedensordnung dar, die auf Freiheit, Menschenrechten, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit basiert. Seine Hauptleidtragenden sind die Zivilbevölkerung und viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Gemeinsam mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung stehen wir solidarisch an der Seite der mutigen Menschen in der Ukraine. Zugleich gelten unsere Solidarität und unser Respekt all den Menschen in Russland, die schweren Repressalien des Regimes ausgesetzt sind, weil sie mutig auf die Straße gehen und ihre Stimme gegen den Krieg erheben.

- Wir fordern die russische Regierung auf, die Kämpfe umgehend zu beenden, einem sofortigen Waffenstillstand zuzustimmen, um jede weitere Eskalation der Situation zu verhindern, und die territoriale Integrität der Ukraine durch den Rückzug ihrer Truppen wiederherzustellen.
- Alle Seiten müssen jetzt mit Hochdruck weiter an diplomatischen Lösungen arbeiten. Das bedeutet zuallererst, dass die russische Seite dazu gebracht werden muss, den Angriffskrieg zu beenden. Der deutschen Bundesregierung kommt eine zentrale Rolle zu. Gemeinsam mit ihren EU-Partner*innen ist sie besonders gefordert bei der Suche nach diplomatischen Lösungen, die den Krieg beenden und die Perspektive auf eine neue gesamteuropäische Architektur des Friedens und der Sicherheit eröffnen.
- Hunderttausende Menschen werden durch den Krieg gezwungen, die Ukraine zu verlassen. Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ist jetzt die Stunde solidarischen Handelns. Wir werden für diese Menschen, die rasch bei uns Aufnahme finden müssen, selbst Unterkünfte bereitstellen und sie materiell unterstützen. Wir werden dafür sorgen, dass die Zugänge zum Arbeitsmarkt für sie offenstehen. Wir stehen in engem Austausch mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung, um unseren ukrainischen Schwestergewerkschaften vor Ort zu helfen.

Darüber hinaus rufen wir die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, allen Geflüchteten umfassende humanitäre Hilfe und Schutz anzubieten. Die Grenzen müssen für sie offenbleiben.

- Die letzten Tage lehren uns, dass ein freiwilliges Einlenken des Regimes in Russland nicht erkennbar ist. Deshalb befürworten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die scharfen wirtschaftlichen Sanktionen, die von der Bundesregierung, der Europäischen Union und den westlichen Bündnispartnern gegen Russland verhängt worden sind.

- Die nachteiligen Folgen dieser Sanktionen werden auch an uns selbst nicht spurlos vorübergehen. Neben gestörten Lieferketten erweist sich vor allem die hohe Abhängigkeit Deutschlands von russischen Erdgas-, Kohle- und Erdölimporten als problematisch. Worum es jetzt geht, ist, diese Abhängigkeit deutlich zu reduzieren. Es ist notwendig, dass die Bundesregierung die energiepolitischen Rahmenbedingungen neu bewertet und alle Optionen für eine verlässliche Energieversorgung prüft. Gleichzeitig sehen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Bundesregierung in der Pflicht, umgehend dafür zu sorgen, dass der erwartbare Anstieg der Energiepreise für die Verbraucherinnen und Verbraucher abgedeckt wird. Die Energiekosten müssen auch für Unternehmen, insbesondere der energieintensiven Industrien, bewältigbar bleiben. Um die Versorgungssicherheit längerfristig zu gewährleisten, bedarf es einer stärkeren Zusammenarbeit in Europa. Wir Gewerkschaften werden uns dazu mit eigenen Vorschlägen einbringen.
- Die Bundesregierung hat zu Recht verteidigungspolitisch schnell auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine reagiert. Die dauerhafte Aufstockung des Rüstungshaushalts zur Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO wird vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften weiterhin kritisch beurteilt. Die dringend erforderlichen Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation und in die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates müssen sichergestellt bleiben.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften halten daran fest, dass die militärische Friedenssicherung nicht zulasten des sozialen Friedens erkaufte werden darf. Auch weiterhin treten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein. Die Bundesrepublik muss als wesentlicher Akteur an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur arbeiten. Auch wir als Gewerkschaften leisten durch unsere transnationale Arbeit einen Beitrag dazu. Es gilt, auch weiterhin gleichfalls an zivilen Strategien der Friedenssicherung und Konfliktverhütung zu arbeiten.



173 000 Fachkräfte fehlen

BEFRAGUNG – Beschäftigte in Kindertageseinrichtungen unzufrieden mit Arbeitsbedingungen

(ml) Wenn eine Fachkraft in einer Kita 28 Kinder unter drei Jahren allein betreut, dann ist das kaum vorstellbar. Doch leider kommt das in Kitas in Deutschland immer wieder vor.

ver.di wollte deshalb genau wissen, wie schlecht es um die Arbeitsbedingungen für Kita-Fachkräfte steht. Die Gewerkschaft hat dafür in Kooperation mit der Hochschule Fulda von Mai bis Juni 2021 eine bundesweite Befragung in deutschen Kindertagesstätten durchgeführt.

Mitte September erläuterten Elke Alsago von ver.di und Nikolaus Meyer von der Hochschule Fulda die Ergebnisse der Befragung in einer Online-Konferenz. Über 19 000 Beschäftigte aus allen Arbeitsbereichen in Krippen, Kindergärten und Horten hatten bei der Befragung geantwortet. Sie bescheinig-

ten ihren Arbeitgebern katastrophale Arbeitsbedingungen. Fast 40 Prozent der Befragten denken deshalb über einen Stellenwechsel nach, rund 25 Prozent überlegen, ganz aus dem Beruf auszusteigen.

Ein Hauptproblem ist der Fachkräftemangel. Besonders problematisch ist die Situation in Krippen und Kindergärten. Drei Viertel der befragten Fachkräfte im Bereich der Unter-dreijährigen gaben an, für mindestens fünf und bis zu zwölf Kinder gleichzeitig verantwortlich gewesen zu sein. Im Alltag mit den über dreijährigen Kindern waren die Beschäftigten meist für 13 bis 24 Kinder zuständig. Im Durchschnitt fehlen pro Kita-Team drei Vollzeitkräfte, um gut arbeiten zu können. Bei rund 57 600 Kitas in Deutschland sind dies knapp 173 000 fehlende Fachkräfte.

Für die Planung, Vorbereitung, Entwicklung, Dokumentation und Elterngespräche steht nur jeder zweiten Fachkraft laut Dienstplan überhaupt Zeit zur Verfügung. So arbeiten alle Fachkräfte oft in ihrer Freizeit, um die notwendigen El-

terngespräche zu führen oder Vor- und Nachbereitungen zu machen. Die pädagogischen Anforderungen würden von der Politik nicht ernst genommen, sagt Elke Alsago: „Im Ergebnis wird immer etwas vernachlässigt, entweder kommen die Kinder, die Qualität der Arbeit oder die Fachkräfte zu kurz.“

TARIFRUNDE STEHT BEVOR

Dass die Zahlen „alarmierend“ sind, betont auch die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle. Die Befragung zeige deutlich, wo die Probleme in den Kindertageseinrichtungen liegen. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, damit sich die Situation verbessere. ver.di will deshalb in der bevorstehenden Tarifrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst, die im Januar 2022 startet, deutliche Verbesserungen erreichen.

Quelle:
ver.di news, 20. Jahrgang · Nummer 13
2. Oktober 2021

Gewerkschaften helfen!

DGB ruft zu Spenden für ukrainische Geflüchtete auf

Unsere Solidarität ist stärker

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen den russischen Einmarsch in die Ukraine auf das Schärfste. Unter der Aggression von Präsident Putin haben Zivilbevölkerung, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber besonders Frauen und Kinder zu leiden.

Die Solidarität der internationalen Gewerkschaftsbewegung gilt den Menschen in der Ukraine und denen in Russland, die sich kritisch zur Politik ihres Präsidenten äußern und gegen den Krieg stellen.

Den Geflüchteten muss Europa umfassende humanitäre Hilfe leisten. Jetzt gilt es, Solidarität zu zeigen!

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen ihre Mitglieder deshalb zu Spenden auf, damit den vor Krieg und politischen Repressionen Geflüchteten geholfen werden kann.

Der Verein „Gewerkschaften helfen e.V.“ hat dafür ein Spendenkonto unter dem Stichwort „Gewerkschaftliche Ukraine-Hilfe“ eingerichtet.



DGB via Canva

Spendenkonto: Gewerkschaften helfen e.V., Nord LB

IBAN: DE40 2505 0000 0151 8167 90

BIC: NOLADE2HXXX

Stichwort: Gewerkschaftliche Ukraine-Hilfe

Unsere politische Botschaft bleibt klar: Russland muss die Kampfhandlungen sofort beenden. Es muss weiter mit Hochdruck an diplomatischen Lösungen gearbeitet werden. Die Bundesregierung hat hierfür eine besondere Verantwortung. Sie muss sich mit allem Nachdruck für eine tragfähige europäische Friedensordnung einsetzen.

*Spender*innen, die eine Spendenquittung erhalten möchten, geben bitte direkt in der Überweisung ihren vollständigen Namen und ihre Adresse an. Die Spendenquittung wird Anfang des nächsten Jahres zugestellt.*



Landtagswahlen 2022

ZUKUNFT GERECHT GESTALTEN

Unsere Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich in einem grundlegenden Wandel. Digitalisierung, Klimaschutz und neue globale Kräfteverhältnisse stellen uns vor große Herausforderungen. Für uns Gewerkschaften ist klar: Um diesen Wandel gut zu gestalten, brauchen wir Mehrheiten für eine neue Politik. Für eine Politik, die gute Arbeits- und Lebensbedingungen in den Mittelpunkt rückt, für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgt und den ökologischen Wandel vorantreibt und sozial gestaltet. Und auch für die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie gilt: Wir dürfen nicht zulassen, dass die Lasten der Krise auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen abgeladen werden.

Von den Parteien fordern wir:

Gute und fair bezahlte Arbeit fördern.

Starke Gewerkschaften, lebendige Mitbestimmung und stabile Tarifbindung sind Voraussetzungen für gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne. Wir brauchen endlich ein Tariftreuegesetz, das seinen Namen verdient und dafür sorgt, dass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die tarifgebunden sind. Damit Arbeit nicht krank macht, darf es keine Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes geben. Die offenen Stellen in der Arbeitsschutzbehörde müssen dringend besetzt und ausgebaut werden, damit Arbeitsschutz effektiv kontrolliert und durchgesetzt werden kann. Sachgrundlose Befristungen gehören abgeschafft. Wir erwarten von der Landespolitik eine Wirtschaftspolitik, die NRW als Industriestandort stärkt.

Gute Bildung für alle.

Die Zukunft unserer Kinder darf nicht länger vom Elternhaus abhängen. Wir brauchen ausreichend hochwertige Kitaplätze, längeres gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse an den Schulen und einen echten, schulscharfen Sozialindex. Damit kein*e Jugendliche*r ohne Berufsabschluss verbleibt, brauchen wir eine Ausbildungsgarantie und einen umlagefinanzierten Zukunftsfonds Ausbildung. Für gute Bildung von der Kita bis zur Hochschule müssen die Bildungsausgaben in NRW um 1.000 Euro pro Jahr und Bildungsteilnehmer*in steigen.

Den Strukturwandel gerecht gestalten.

Der Kohleausstieg ist eine enorme Herausforderung für das Industrieland NordrheinWestfalen. Der Strukturwandel kann nur erfolgreich sein, wenn Klimapolitik und Erhalt von Industrie und guten Arbeitsplätzen zusammengedacht werden. In die Diskussion, wie neue, passgenaue Arbeitsplätze entstehen können, müssen alle wichtigen Akteure eingebunden werden. Dazu schlagen wir einen Transformationsbeirat und eine Transformationsagentur auf Landesebene vor. Und wir brauchen Beiräte auf lokaler Ebene mit starker Stimme von uns Gewerkschaften. Damit wir die Klimaziele erreichen, sind Planungssicherheit, der Ausbau der Erneuerbaren Energien und verbindliche Investitionszusagen unerlässlich. Zur Finanzierung benötigen wir einen NRW-Transformationsfonds.

Investitionen in Mobilität, Wohnen, Bildung und starke Kommunen.

Für eine hohe Lebensqualität und eine gelingende Transformation brauchen wir mehr Investitionen und eine starke öffentliche Hand. Nicht nur Personal, auch Kitas, Schwimmbäder und öffentlicher Nahverkehr müssen finanziert werden. Dringend notwendig sind auch mehr Investitionen in bezahlbaren Wohnraum und die Gründung einer Landeswohnungsbau-Gesellschaft. Damit dies umgesetzt werden kann, brauchen wir endlich eine Lösung zur dauerhaften Entschuldung unserer Kommunen.

Einen attraktiven öffentlichen Dienst.

Gute Bildung und medizinische Versorgung, schnelle Genehmigungsverfahren und öffentliche Sicherheit gibt es nur mit genügend motivierten Lehrer*innen, Krankenpfleger*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen und Polizist*innen. Damit die rund 20.000 unbesetzten Stellen besetzt werden können, brauchen wir einen attraktiven öffentlichen Dienst. Dazu gehört auch eine Senkung der Wochenarbeitszeit von Beamt*innen, die derzeit bei 41 Stunden liegt, und eine angemessene Bezahlung.





Ingo Langenhagen
GEW Fachgruppe Grundschulen

Currywurst für „Beste Bildung“

Neidisch blickt die Opposition auf den neuesten Coup der Schulministerin. War Gebauer aufgrund unglücklicher Entscheidungen im Rahmen der Coronapandemie großer Kritik ausgesetzt, ist ihr nunmehr ein fulminanter Befreiungsschlag geglückt.

Mit Blick auf die Ergebnisse der neuesten Klemm-Studie - statt der prognostizierten 30.000 Lehrkräfte werden nun doch 80.000 fehlen werde, so Gebauer, zum Zwecke der Lehrgewinnung zukünftig auch auf unkonventionelle Lösungen gesetzt. Man müsse, so die Ministerin in einer gestern eilig einberufenen Pressekonferenz, den Ernst der Lage endlich erkennen und neue Wege beschreiten. Hierfür wurde Gelsenkirchen, so verkündete sie pathetisch, als Modellregion auserkoren.

Die „Stadt der tausend Feuer“ leide als strukturschwache Region besonders unter den Folgen des plötzlichen und unerwarteten Lehrkräftemangels. „Das war so nicht abzusehen“, konstatierte die sichtlich betroffene Schulministerin. „Nun gilt es, innovative Ideen möglichst schnell in die Tat umzusetzen. Gelsenkirchen solle zukünftig Spitzenreiter im Bereich der personellen Ausstattung der Grundschulen werden!“

Bei der Suche nach kreativen Lösungen stand in den Fraktionsgesprächen zunächst die Frage im Vordergrund, was das Ruhrgebiet, respektive Gelsenkirchen, gegenüber anderen Regionen besonders auszeichnet. Was also könnte z. B. insbesondere den jungen, frisch und gut ausgebildeten Lehrkräften das Unterrichten an einer Gelsenkirchener Schule besonders schmackhaft machen?

Die Antwort war schnell gefunden: Die Currywurst!

Sichtlich konsterniert ob des unerwartet kreativen Ansatzes der stark angeschlagenen Schulministerin mühte sich die Opposition vergebens, das Vorhaben als lächerlichen Versuch, von den Versäumnissen der letzten Jahre abzulenken, scheitern zu lassen. Vergeblich warf die Opposition alles in die Waagschale, fand mit ähnlich starken Vorhaben sogar vielversprechende Alternativen. Diese wusste Gebauer aber souverän zu kontern. So sei „Pasta für Pauker“ aufgrund der negativen Konnotation ebenso ungeeignet für die Kampagne wie „Lutscher für Lehrer“. Das sei zwar billiger, gestand sie ein, entspreche aber nicht den Anforderungen an eine gendgerechte Sprache.

Souverän konterte die Ministerin jeglichen Widerspruch und wies Kritiker zum Ende der Debatte gekonnt in die Schranken: "Lehrkraft in Gelsenkirchen und Currywurst im Bauch - dann bist du glücklich und satt bist du auch."

Dem hatte auch die Opposition nichts mehr entgegenzusetzen.

SATIRE

Das Motto der Kampagne war ebenfalls schnell gefunden und wurde von der Ministerin im Rahmen der Pressekonferenz mehrere Male mantramäßig wiederholt: „Currywurst für beste Bildung“. Der ebenso tiefsinnige wie eingängige Slogan, so Gebauer, mache deutlich, worum es der Landesregierung im Kern gehe.

Zudem hatte Gebauer ein weiteres Ass im Ärmel. Ausschlaggebend für das Okay der Opposition sei letztlich die Kooperation mit dem ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden des FC Schalke 04, Clemens Tönnies, gewesen. Dieser zeigte sich zunächst not amused über den Vorstoß der Landesregierung. Wer bitte, so fragte er einem ersten Impuls folgend, solle denn im Falle eines durchschlagenden Erfolges der Kampagne zukünftig die Würste herstellen? Oder diese verkaufen? Die Eröffnung von Bildungschancen für die Gelsenkirchener Kinder würde ja auf lange Sicht schließlich dazu führen, dass zukünftig billige Arbeitskräfte schwerer zu finden seien.

Gebauer beschwichtigte und versicherte, dass es sich zunächst nur um ein Modellprojekt handele. Zudem sei gerade bei den jungen Kolleginnen ein veganer Ernährungsstil angesagt – so dass vermutlich einige von ihnen das Angebot der Landesregierung gar nicht in Erwägung ziehen würden. Die Lehrkräftegewinnung würde trotz des erwarteten Erfolgs der Kampagne aufgrund der regionalen Beschränkung der Gewinnung billiger Arbeitskräfte auch in Zukunft somit nicht im Wege stehen. Die enge Verbundenheit des Wurstfabrikanten zu Gelsenkirchen in Verbindung mit der überzeugenden Argumentation des Ministeriums gab schlussendlich den Ausschlag und sei für Tönnies letztlich Grund genug gewesen, sich der guten Sache anzuschließen.

Die Idee kam der Schulministerin übrigens in der Kantine des Landtages. Currywurst in Kombination mit Pommes "rot-weiß" war im Jahr 2020 zum 28. Mal in Folge das beliebteste Kantinenessen in Deutschland. Wenn sich Lehrkräfte damit nicht locken ließen - womit denn dann?

Auch das Timing der Ministerin kann nur als vortrefflich bezeichnet werden. Fällt doch der "Tag der Currywurst" am Sonntag, dem 4. September 2022 in diesem Jahr relativ zeitnah auf den Beginn des neuen Schuljahres. Ab diesem Tag können die dann neu hinzugewonnen Lehrkräfte den eigens von Frau Gebauer übergebenen und handsignierten Currywurstgutschein einlösen. Mit der gleichermaßen überraschenden wie innovativen Kampagne verschafft sich die Ministerin eine glänzende Ausgangsposition für die Landtagswahl am 15. Mai. Es bleibt zu hoffen, dass der Finanzminister dem Vorhaben der Landesregierung nicht die nötigen Mittel verwehrt. Gebauer gibt sich mit Blick auf möglichen Gegenwind aus dem Finanzministerium aber zuversichtlich: „A 13Z ist bei einem Erfolg der Maßnahme definitiv vom Tisch.“

Ein schlagendes Argument, für das auch Lienenkämpfer aufgeschlossen sein wird.

Ingo Langenhagen

SATIRE

Baustelle Bildung: Das fordert die GEW NRW

Bildungsgewerkschaft macht in 13 NRW-Städten mobil

Die Bildungsgewerkschaft GEW NRW macht mit einer symbolischen Baustelle auf die Mängel im Bildungssystem aufmerksam und fordert Wähler*innen auf: Gebt guter Bildung eure Stimme.



Foto: GEW-Gelsenkirchen

Die Bildungsgewerkschaft GEW NRW weist mit der Aktion „Baustelle Bildung“ im Landtagswahlkampf [...] auf die Mängel im Bildungssystem hin. Mit 24 Bausteinen macht sie im Wahlkampf deutlich, was gute Bildung ausmacht: Chancengleichheit, mehr Lehrkräfte und Ressourcen, Zeit für die pädagogische Arbeit und Schluss mit prekärer Beschäftigung. „Das Bildungssystem in NRW gleicht einer schlecht geleiteten Baustelle: Wer solide bauen will, muss rechtzeitig für Baumaterial sorgen. Vor allem aber für einen durchdachten Bauplan. Luftschlösser helfen nicht“, sagt Ayla Çelik, Vorsitzende der GEW NRW.

Die „Baustelle Bildung“ wird in 13 Städten bis zur Landtagswahl Station machen, um mit Politik, Medien und Bürger*innen über gute Bildung in die Diskussion zu kommen. „Bei der Wahl in NRW geht es nicht nur um Transformation und Strukturwandel, sondern vor allem um die Zukunft der Bildung. Denn die muss endlich krisenfest und zukunftssicher werden. Daher fordern wir alle Wähler*innen auf: Gebt am 15. Mai guter Bildung eure Stimme. Gebt mit eurer Stimme der Zukunft der Kinder und Jugendlichen eine Chance“, so die GEW NRW-Vorsitzende. Unter dem Motto „MEHR für Bildung“ fordert die Gewerkschaft mehr Ressourcen. Bei den Bildungsausgaben liegt NRW seit Jahren abgeschlagen auf dem letzten Platz im Vergleich der Bundesländer. „Alleine um den Bundesdurchschnitt zu erreichen, müssen wir 1.000 Euro pro Schüler*in mehr ausgeben. Das kann kein Maßstab für ein Industrieland sein, wenn Transformation gelingen soll. Wir müssen aufhören, den Mangel zu verwalten – das können wir uns nicht mehr leisten.“

Das Ergebnis der Landtagswahl wird maßgeblich den Weg bestimmen, den das Bildungssystem einschlagen wird. In 16 Wahlprüfsteinen in vier Feldern hat die Bildungsgewerkschaft

ihre Forderungen zusammengefasst. Nicht zuletzt der Lehrkräftemangel steht ganz oben auf der Mängelliste: „Bildung muss Chefsache in der Regierung sein. Wir erwarten, dass alle Hebel gegen den Lehrkräftemangel in Bewegung gesetzt werden. Dazu gehört ganz klar eine verfassungsgemäße Besoldung. A 13z / EG 13 für alle muss das Projekt für die ersten 100 Tage einer künftigen Landesregierung sein“, so die Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft.“

Hintergrund

Die Bildungsgewerkschaft GEW NRW wird mit der Aktionsreihe „Baustelle Bildung“ in 13 Städten in Nordrhein-Westfalen eine symbolische Baustelle aufbauen und im Landtagswahlkampf auf Aspekte eines guten Bildungssystems hinweisen. Unter dem Motto „#MEHRfürBildung“ fordert die Bildungsgewerkschaft Verbesserungen in Kita, Schule, Hochschule und Weiterbildung ein. Die „Baustelle Bildung“ wird in 13 Städten Station machen:

| | |
|-----------|---------------|
| 05. April | Münster |
| 06. April | Bielefeld |
| 07. April | Detmold |
| 26. April | Coesfeld |
| 28. April | Duisburg |
| 29. April | Köln |
| 01. Mai | Neuss |
| 03. Mai | Gelsenkirchen |
| 04. Mai | Borken |
| 06. Mai | Wuppertal |
| 07. Mai | Viersen |
| 11. Mai | Dortmund |

Pressesprecher und Referent für
Öffentlichkeitsarbeit der GEW NRW

Christoph Alt



Foto: GEW-Gelsenkirchen

Engagement und Ausdauer führen zu Resultaten

Politik greift GEW-Anträge auf

Die GEW-Fachgruppe Grundschulen bringt seit vielen Jahren engagiert und beharrlich Anträge in die Personalversammlungen für Grundschulen ein. Die Landespolitik hat sie inzwischen als konstruktive Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt, wie z. B.:

- Beförderungsamt Rektor*innen
- Beförderungsamt Konrektor*innen
- Sozialpädagoge*innen an jeder Schule
- Digitale Endgeräte
- Erhöhung der Anrechnungsstunden
- Streichung der Kostendämpfungspauschale



Fatime Yanaz
GEW Fachgruppe Grundschulen

In Angriff genommen, aber noch nicht zu unserer Zufriedenheit umgesetzt sind u.a. die Anträge:

- Schulverwaltungsassistenten (die zusätzlich eingestellt werden sollten und nicht durch 1/3 Lehrerstelle kompensiert werden)
- multiprofessionelle Teams (insbesondere Schulsozialarbeit)

Die GEW-Fachgruppe Grundschulen freut sich über die Resultate. Sie motivieren, in schweren Zeiten für Beschäftigte und Kinder zukunftsweisende Forderungen aufzustellen.

Fatime Yanaz

Sie möchten Mitglied bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft werden?
Das ist eine gute Entscheidung!



Antrag auf Mitgliedschaft im Netz unter www.gew.de/Mitgliedsantrag.html oder in unserer GEW-Geschäftsstelle

Öffnungszeiten:
Montag bis Donnerstag
11:00 - 13:00 Uhr

Impressum
Herausgeber:
 GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
 Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen
Redaktion: Lothar Jacksteit
 Verantwortlich i.S.d.P.

GEW-Geschäftsstelle:
 Essener Str. 88, 45899 Gelsenkirchen
Tel.: 0209 513759 **Fax:** 0209 514207
Homepage: www.gew-gelsenkirchen.de
E-Mail: gew-ge@gmx.de

Druck: Firma Blömeke SRS GmbH
 Auflage: 3500 Exemplare